

22. JAN.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/17 - 20. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |    |
|-------|---|----|
| 1     | <u>In staatspolitischer Verantwortung</u><br>Nach der ersten Wehrdebatte im Vierten Deutschen Bundestag       | 34 |
| 2 - 3 | <u>Die Frau und die Entwicklungshilfe</u><br>Eine Tagung der Friedrich Ebert-Stiftung<br>Von Inge Deutschkron | 95 |
| 4     | <u>"Essen ist Dienst"</u><br>Der Innenminister von Schleswig-Holstein und die Polizei                         | 33 |
| 5 - 6 | <u>Neuer Krisenherd in Asien (I)</u><br>Pakistan vernahm die Drohung aus Indien<br>Von Erwin Erasmus Koch     | 65 |
| 6     | <u>Kultusminister a.D. Hennig 65 Jahre alt</u><br>Der Schöpfer der hessischen Schulgesetzgebung               | 28 |

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

In staatspolitischer Verantwortung

Zur ersten Wehrdebatte im Vierten Deutschen Bundestag

sp - Die erste Wehrdebatte des Vierten Deutschen Bundestages wird in den Annalen der Nachkriegsgeschichte einen hervorragenden Platz einnehmen. Sie war ein Gewinn für die deutsche Demokratie. Für manche, die die deutsche Sozialdemokratie mit der Augen von gestern noch sehen, mag die grundsätzliche Zustimmung dieser Partei für die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate überraschend sein; sie setzten in der Vergangenheit sozialdemokratische Kritik an gewissen Aspekten der Verteidigungspolitik mit einem ungehinderten Verständnis für den äußeren Schutz unseres Staates gleich. Nach diesem 19. Januar sollte diese Art von Betrachtung aus der deutschen Politik verschwinden. Zu keiner Zeit hat sich die Sozialdemokratie, zu der sich bei den letzten Bundestagswahlen elfeinhalb Millionen Wähler bekannten, den nationalen Notwendigkeiten verschlossen. Dort, wo die Regierung verantwortlich für das Ganze handelt, wird sie immer die Unterstützung der Sozialdemokratie finden. Das war in der Vergangenheit so, das wird auch in der Zukunft so bleiben.

Über die Haltung der Sozialdemokratie zur Verteidigung gibt das Godesberger Programm Auskunft. Dort heißt es u.a.:

- Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur
- Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
- Sie befehlt die Landesverteidigung.

Leider ist die Verlängerung der Wehrpflicht aus vielen Gründen unausbleiblich geworden. Zwischen Regierung und Opposition gibt es darüber keine Meinungsverschiedenheiten. Die Erfüllung von Bündnisverpflichtungen und die anhaltende, seit dem 13. August sogar verschärfte äußere Bedrohung Berlins und der Bundesrepublik machen eine wirksame Verstärkung der Wehrkraft zum Gebot der Stunde.

Keinen Abgeordneten, weder denen, die auf den Regierungsbänken, noch jenen, die auf der Oppositionsbänken sitzen, ist dieser Entschluss leicht gefallen. In ihm bekundet sich der Wille aller staatserkhaltenden Kräfte, in der Abwehr äußerer Bedrohung ein Höchstmaß von Effektivität und Ernstschlossenheit zu erreichen.

Für viele junge Menschen bedeutet dies ein schweres Opfer. Es in erträglichem Maße zu halten, dafür wird die Sozialdemokratie in den Einzelberatungen sorgen.

## Die Frau und die Entwicklungshilfe

Von Inge Deutschkron

Wie ein roter Faden zog sich durch die Tagung mit dem Thema "Deutsche und europäische Partnerschaft mit den Entwicklungsländern", vom 17.- 20. Januar in der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung, an der 25 Frauen aus Holland, Österreich, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik teilnahmen, die inzwischen gewonnenes Erkenntnis, dass Entwicklungshilfe nicht allein aus Maßnahmen technischer Hilfe bestehen darf. Johannes Reinhold, stellvertretender Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellte fest, daß schon in der Schwierigkeit, die richtige Bezeichnung für Hilfsmaßnahmen zu finden, die generelle Unsicherheit zutage trete, wie Entwicklungshilfe geleistet werden müsse. Die Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriere sich auf personelle Entwicklungshilfe -, als Bildungs- und Ausbildungshilfe, weil alle finanziellen und sonstigen Hilfsmaßnahmen sinnlos seien, wenn niemand die Kenntnis habe, sie gewinnbringend zu nutzen. Die Bundesrepublik stehe noch am Anfang, und es gebe noch kein System für die Durchführung der übernommenen Aufgaben.

### Ausbildung von Frauen

Anders allordings sei es in Israel, betonte Reinhold, das mit seinen Methoden die meisten Erfahrungen auf dem Gebiet der personellen Entwicklungshilfe zu verzeichnen habe. Aus diesem Grunde war Frau Genia Tverski aus Israel eingeladen worden: Sie sollte über die Erfahrungen ihres Landes bei der Aus- und Weiterbildung von Menschen aus Asien und Afrika berichten. Sie sah die Gründe für den Erfolg ihres Landes, Vertrauen in den jungen Staat zu erwerben, zunächst in der Tatsache, daß es Israel gelungen sei, aus Wüste fruchtbares Land zu machen. Ferner darin, daß in ihrem Lande nur geringe soziale Unterschiede beständen. Auch die Erfahrungen mit jüdischen Einwanderern aus den Entwicklungsländern erleichterten die neuen Aufgaben. Ein Nigertaner, der in Israel an einem Seminar teilgenommen hatte, formulierte seine Einwände so: "Israel ist ein freies unabhängiges Land, es predigt nicht nur die Grundprinzipien der Menschenrechte, sondern verwirklicht sie." Die Arbeit in den Entwicklungsländern würde von den Israelis auf verschiedenste Weise durchgeführt. Vielfach handele es sich um israelische Fachleute, die in den Entwicklungsländern gemeinsam mit den Einheimischen neue landwirtschaftliche Methoden ausprobierten oder genossenschaftliche und gewerkschaftliche Einrichtungen schufen. Frau Tverski sprach die Überzeugung aus, daß sich das afro-asiatische Institut in Tel Aviv als eines der wesentlichsten Instrumente bei der Ausbildung von Menschen aus den Entwicklungsländern erwiesen hatte. Dieses Institut, im Jahre 1960 gegründet, entstand aus einer Reihe von Seminaren für Asiaten und Afrikaner, die sich in wesentlichen mit Fragen des Genossenschaftswesens und der Gewerkschaften befaßten. Nach einigen Versuchen ergab sich, daß Kurse von dreieinhalbwöchiger Dauer am geeignetsten seien. Die Teilnehmer betonten neben ihrer theoretischen Schulung auch praktische Erfahrungen in Genossenschaftsiedlungen und gewerkschaftlichen Einrichtungen Israels. Es werden jeweils 2 Seminare in englischer und französischer Sprache abgehalten. Bisher nahmen über 400 Menschen aus 36 Ländern Asiens und Afrikas an derartigen Kursen teil. Die Zahl der weiblichen Teilnehmer lag infolge der Sozialstruktur ihrer Heimatländer wesentlich niedriger als die der Männer. Als man im April 1961 ein internationales Frauenseminar in Haifa abhielt, stellte sich jedoch heraus, daß ein speziell für Frauen ge-

schaftenes Institut in Asien und Afrika begrüßt werden würde. So entstand zusätzlich ein ständiges Seminar für Frauen, das dem Kurse vor 3 Wochen bis zu 6 Monaten für die Weiterbildung von Hortnerinnen und Kindergärtnerinnen abgehalten werden, sowie Lehrgänge für Hauswirtschaft, Hygiene und das Verwaltungswesen. Die Zahl der eingehenden Bewerbungen rechtfertigt dieses neue Unternehmen.

Die Leistung und die Erfahrungen der Israelis auf diesem Gebiet wurden von der Tagung anerkannt. Man überlegte, ob man nicht die israelischen Bemühungen, Frauen aus Asien und Afrika in diesem neuen Seminar zu schulen, unterstützen sollte. Die Notwendigkeit, mehr Frauen als bisher aus diesen Ländern heranzuziehen, unterstrich auch Mary Sutherland (England), Vertreterin des Internationalen Rates Sozialdemokratischer Frauen in den entsprechenden Gremien der Vereinten Nationen. Sie gab einen Überblick über die Arbeit Internationaler Organisationen, die Stellung der Frau und ihre Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern zu heben. Die zweifellos sehr beachtlichen Anstrengungen dieser Körperschaften schienen jedoch in keinem Verhältnis zu der Aufgabe zu stehen. Dies schien umso bedauerlicher, als die Frauen entscheidend dazu beitragen könnten, also, den Fortschritt heimende Traditionen beseitigen zu helfen. Die Aufgabe, die Frauen in den Entwicklungsländern davon zu überzeugen, daß sie Aufgaben in ihrer Gesellschaft übernehmen müßten, erforderte erhebliche Anstrengungen mit sich, zu denen die Frauen aus den fortschrittlichen Ländern beitragen müßten.

#### Partnerschaft als Ziel

Winfried Böckl von der Carl-Duisberg-Gesellschaft, sprach die Ansicht aus, daß eine "totale Mobilmachung" aller europäischen Kräfte notwendig wäre, um eine wirksam wirkende Entwicklungshilfe zu leisten. Ihm schien die bisher getane Arbeit auf diesem Gebiet ohne große Erfolge gewesen zu sein. Die Kluft zwischen dem Lebensstandard der Entwicklungsländer und den der Industrieländer sei in den letzten 10 Jahren, in denen Hilfe gegeben wurde, noch gewachsen. Aber nicht nur darin sah er eine erhebliche Gefahr. Die freie Wirtschaft, die in den Entwicklungsländern sehr aktiv sei, wäre im Begriff, eine neue Form des Kolonialismus zu schaffen - die Ausbeutung nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt, sondern durch das Geschäft. Die Menschen in den Entwicklungsländern hätten ein tiefes Gefühl für Mächenschaften, und wenn auf der Belgrader Konferenz der Neutralen immer wieder auf die Gefahren des Kolonialismus und Neokolonialismus verwiesen wurde, so war es den dort anwesenden Politikern bitter ernst mit ihrer Sorge. Es gelte also mit ungehörter Nachsicht, jegliche Tätigkeit westlicher Unternehmen in den Entwicklungsländern zu überprüfen und aus den gewonnenen Erkenntnissen immer neue verbesserte Formen der Hilfe zu entwickeln, die das Ziel, eine Partnerschaft mit den Entwicklungsländern herzustellen, nie aus den Augen verliere.

" Essen ist Dienst "

Kn. - Die Beziehung der Polizei in Schleswig-Holstein zu ihrem Dienstherren, dem Innenministerium mit Minister Dr. Lenke (CDU) an der Spitze, stand im Vordergrund der Haushaltsberatungen über den Etat des Ministeriums, die am Anfang dieser Woche in Kiel stattfanden. Dabei setzten sozialdemokratische Sprecher im Landtag zu einem Vorstoß an, der die Regierung in arge Verlegenheit brachte. Es scheint tatsächlich bei der Polizei im Norden nicht alles in Ordnung zu sein. Das ergaben folgende Tatsachen, die in aller Öffentlichkeit vorgetragen wurden:

Auf der Polizeischule in Eutin darf die Polizei-Gewerkschaft beim Mittagessen keine für sie vorbeude Druckschriften verteilen. Das ist mit der Begründung untersagt worden: Besser ist Dienst. Während des Dienstes aber darf für keine Gewerkschaft geworben werden.

Polizeibeamte, die wegen eines Herzinfarkts zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit geschickt werden, kommen in das Rheunabad. Begründung: Die bestehenden Verträge mit dem Bad müssen ausgenutzt werden.

Polizeiwagen müssen länger in Betrieb gehalten werden als es üblich ist und wohl auch die Sicherheit gestattet. Das wird angeordnet, weil die Überholung der Wagen zu teuer ist. Die tatsächlichen Kosten für den Umbau eines Autos kosten aber nur zwischen 50 und 80 DM.

Kommen Polizeibeamte, die ein Beköstigungsgeld für ihre Verpflegung zu Hause erhalten, kurzfristig in ein Krankenhaus, so wird ihnen dieses Beköstigungsgeld abgezogen. Dabei erfordert aber der Abzug des Beköstigungsgeldes mehr Verwaltungsaufwand als die Staatskasse einspart.

Schließlich gibt es unter den Führungskräften der Polizei in Schleswig-Holstein noch einige, die ihre große Zeit in der nationalsozialistischen Mera erlebten. Man erfuhr ja erst vor kurzem von einigen Verhaftungen. Der SPD-Abgeordnete Strack jedenfalls sagte: "Diese Käse muß man aus dem Parkett nehmen, damit es wieder glatt wird!"

Dennoch, die Regierungskoalition aus CDU und FDP lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. 100 000 DM für Polizeidienstgebäude bereitzustellen. Auch das Geld für die bessere Ausstattung der Räume wurde nicht bewilligt. Die Kleidergelderhöhung wurde gleichfalls abgelehnt.

## Neuer Krisenherd in Asien (I)

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent Erwin Erasmus Koch befindet sich auf einer längeren Reise durch Asien und sendet uns von dort in zwangloser Folge seine Berichte.

Karachi, im Januar 1962

Ein Beauftragter der Bundesregierung stellte, noch ehe er die Gangway der Boeing hinschritt, dem zu seiner Begrüßung erschienenen Legationsrat der Deutschen Botschaft in Pakistan eine bezeichnende Frage: Ob es "hier unten" gerade irgendeinen neuen Krieg gebe? Die Antwort war bündig: "Nein, zur Zeit nicht!" Bald danach aber drang eine Drohung aus Neu-Delhi durch den Äther nach Karachi, daß auch Kashmir zur gegebenen Zeit "befreit" würde. Worauf ein Sprecher des pakistanischen Außenministeriums aus Rawalpindi die Antwort nicht schuldig blieb. Man wisse in Pakistan, daß Indien zur Gewaltanwendung immer dann bereit sei, wenn es glaube, daß irgendein untrittenes Territorium nicht wirksam verteidigt werden könne. Aber niemand in Indien möge sich der Täuschung hingeben, daß Kashmir werde nicht ein ähnliches Schicksal wie Goa erfahren. Aazad

Die Beziehungen zwischen Neu-Delhi und Karachi sind beträchtlich in die Nähe des Gefrierpunktes geraten. Die Kashmir-Frage scheint, wieder ein heißes Eisen zu werden. Sie war gewiß niemals beiseite geschoben worden. Immerhin, sie schien weniger akut. Während Sukarno nunmehr zweihundertfünfzigtausend Mann zum Einsatz auf West-Irian gegen die doch wohl ziemlich ratlosen Holländer unter die Waffen rief, und andererseits während die "Volksbefreiungsarmee" des kommunistischen China weiterhin an der von Gletschern überdeckten Grenze im hohen Norden des Subkontinents in langgestreckten Abschnitten neue Okkupationen durchführte - sie zählen allesamt zum Bereich der "heißen" NORTH-WESTERN-Frontier, einer der "blutenden Grenzen" Asiens -, hat Aazad Kashmir die Bedeutung eines schwelenden Krisenherdes erlangt. Die Gefahr eines über kurz oder lang ausbrechenden großen Konflikts im Bereich des gegenwärtig noch in Eis erstarrten Hindukush und der Himalaja-Hänge ist beträchtlich näher gerückt. Pakistan würde um keinen Preis auf Aazad Kashmir verzichten. Es setzt seine Entschlossenheit dem an Volkszahl viermal stärkeren Indien entgegen, "lieber zu sterben als Kashmir zu verlieren".

In diesem Streit der beiden Brudernationen fällt der fünfzehnte Jahrestag der "Indépendance", der Erlangung ihrer staatlichen Unabhängigkeit, ihrer Befreiung aus der kolonialen Herrschaft Englands. Die Feiern werden auf beiden Seiten laut, demonstrativ vor den übrigen Völkern Asiens und der Welt, aber im Innern der Staatsmänner, Jawaharlal Nehrus und Agub Khans, gedämpft begangen werden. Sie stehen beide im Schatten des roten Chinesen, Mao Tse-tungs, der den Indern zwar heftig applaudierte, als ihr Premier gegenüber Goa die Geduld und wohl auch schließlich in Anbetracht der Hartnäckigkeit Portugals die Nerven verlor. Vorden und nachher setzte indessen Mao die seit langem eingeleitete Einkreisung Indiens fort; Burma kam dabei unversehens in den gewaltigen Sog des übermächtigen Nachbarn, dem es noch zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts im Verband der Kolonien des Reichs der Mitte angehörte. Wird Burma erneut eine "Außenprovinz" oder eine "Nationaldemokratie" von der Prägung Mao-Tse-tungs werden? Man muß, nüchtern betrachtet, diese Frage bejahen. Ansonsten wäre die übrigens sehr kostspielige Einkreisung Indiens käuflich.